S-6 Ausbau von dezentralen Co-Working Spaces

Antragsteller*in:	Simon Rock (KV Rhein-Kreis Neuss)
Tagesordnungspunkt:	NRW sozial-ökologisch erneuern – mit diesen Projekten zeigen wir, wie wir die Zukunft sozial-ökologisch gestalten (Verkehr, Wirtschaft und Beschäftigung, Strukturwandel, Digitalisierung, Stadtentwicklung, Verbraucherschutz, ...)

Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen

Coworking-Spaces sollen Mitarbeiter*innen von Unternehmen ermöglichen, einen wohnortnahen Büroarbeitsplatz einzurichten. Von Coworking-Spaces in Innenstädten können alle profitieren: Mitarbeiter*innen, Arbeitgeber*innen, Kommunen, Unternehmen und nahegelegene Gaststätten, Klima und Umwelt. Sie bieten sich sowohl für Großstädte als auch für kleinere Orte im ländlichen Raum an. Wichtig ist hierbei, die unterschiedlichen Anforderungen von Stadt und Land im Blick zu haben.

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

Klimaschutz, Stärkung ländlicher Räume sowie der Innenstädte, Verkehrsentlastung

Die Corona-Krise zeigt: Dezentrales Arbeiten ist vielfach möglich. Co-Working-Spaces bieten eine Reihe von Vorteilen: Das Klima wird entlastet und die Menschen haben mehr Freizeit. Staus und überfüllte Busse und Bahnen können vermieden werden. Wenn der Arbeitsplatz wohnortnah ist, ist dies ein Beitrag sowohl zur Belebung der lokalen Innenstadt als auch ein Attraktivitätsgewinn für den ländlichen Raum. Beruf und Privates kann gleichzeitig besser abgegrenzt werden als im Home-Office.

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen

- Beitrag zum Klimaschutz
- Beitrag zur Stärkung ländlicher Räume
- Beitrag zur Stärkung der Innenstädte
- Grüne als digitale und „moderne“ Partei
- Grüne als Partei, die den Wohnungsmarkt entlasten
- Grüne als arbeitnehmer*innenfreundliche Partei

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich?

- Aufsetzung von landesseitigen Förderprogrammen
- Einrichtung von entsprechenden Arbeitsplätzen von Mitarbeitenden in Landesbehörden und -ministerien
- Steuerliche Förderung (über Bundesratsinitiative)

Unterstützer*innen

Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis-Neuss); Wilfried Gierden (KV Euskirchen); Julia Eisentraut (KV Lippe); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Gerrit Heil (KV Unna); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Elias Aaron Ackburally (KV Rhein-Kreis-Neuss); Mika Hoff (KV Rhein-Kreis-Neuss); Jocy Wolff (KV Rhein-Kreis-Neuss); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Patrick Voss (KV Wesel); Peter Pütz (KV Bielefeld); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Peter König (KV Bonn); Angela Stein-Ulrich (KV Rhein-Kreis-Neuss); Swenja Krüppel (KV Rhein-Kreis-Neuss); Thomas Hilden (KV Köln); (LAG Wirtschaft); Andreas Falkowski (KV Rhein-Sieg); Derya Gür-Seker (KV Rhein-Sieg); Frédéric David Leander Fraund (KV Rhein-Sieg); Marc Kersten (KV Köln); Michèle Eichhorn (KV Düsseldorf)